



Frank-Walter Steinmeier

„Vorkämpfer unserer Republik“

Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland
Texte und Reden 2018/2019



Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Vorkämpfer unserer Republik“

Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland
Texte und Reden 2018/2019



Der Bundespräsident

Inhalt

Vorwort des Bundespräsidenten	S. 4
„Es lebe unsere Demokratie“ Rede bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November 2018 9. November 2018, Berlin	S. 6
„Es ist an uns, diese historischen Errungenschaften mit Leben zu füllen“ Rede beim Festakt „225 Jahre Mainzer Republik“ 19. März 2018, Mainz	S. 18
„Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie“ Namensbeitrag in der Wochenzeitung Die Zeit 14. März 2019	S. 28
„Wir sollten die Weimarer Republik nicht länger nur von ihrem Ende her betrachten“ Rede beim Festakt „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“ 6. Februar 2019, Weimar	S. 36
„100 Jahre Frauenwahlrecht sind Anlass zur Freude – nicht nur für die Frauen“ Rede bei der Matinee „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Parität in der Politik“ 15. Januar 2019, Schloss Bellevue	S. 46

Vorwort des Bundespräsidenten

Wir Deutschen und die Demokratie, das ist eine lange Geschichte, die sich nicht als schnurgerade Erfolgsstory erzählen lässt, sondern nur als wechselvolle Entwicklung mit dunklen und hellen Seiten.

Nationalistische Hybris und die Verachtung der liberalen Demokratie haben unser Land im vergangenen Jahrhundert in den Abgrund der Diktatur gestürzt, deren furchtbare Verbrechen uns heute mahnend vor Augen stehen. Aber es hat in Deutschland zu ganz unterschiedlichen Zeiten immer auch mutige Frauen und Männer gegeben, die für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gekämpft haben, oft unter Einsatz ihres Lebens.

Gerade in einer Zeit, in der die liberale Demokratie auch bei uns in Europa wieder angefochten wird, ist es wichtig, die Erinnerung an beide Seiten der deutschen Geschichte wachzuhalten. Was nie wieder sein soll, das darf nie in Vergessenheit geraten. Aber wir sollten uns auch an das erinnern, was Bestand und Zukunft haben soll, an die Vorbilder, die uns heute noch begeistern und anspornen können.

Die Geschichte unserer Demokratie hat viele Gesichter, die noch mehr Aufmerksamkeit verdienen, als sie bisher bekommen haben. Zumindest einige von ihnen habe ich in den Reden beleuchtet, die in diesem Band zusammengestellt sind: die deutschen Jakobiner zur Zeit der Französischen Revolution, die Demokratinnen und Demokraten der Weimarer Republik, die unzähligen Frauen, die seit dem 19. Jahrhundert für gleiche Rechte gekämpft haben.

Sie alle gilt es heute ebenso wiederzuentdecken wie die Revolutionäre von 1848, die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes oder die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der damaligen DDR. Denn sie alle sind Vorkämpfer unserer Republik. Sie führen uns vor Augen, was Einzelne zu leisten vermögen und was wir als Demokraten gemeinsam bewegen können.

Ich bin mir sicher: Aus der Geschichte unserer Demokratie können wir Mut und Zuversicht schöpfen. Und beides brauchen wir, damit diese Demokratie nicht nur eine Geschichte, sondern auch eine Zukunft hat.

„Es lebe unsere Demokratie“

*Rede bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 9. November 2018
9. November 2018, Berlin*

„Es lebe die deutsche Republik!“ Was war das für ein gewaltiger Umbruch, den Philipp Scheidemann am 9. November 1918 den Menschen auf den Straßen Berlins verkündete, hier an diesem Ort, von einem Fenster des Reichstags aus: der Zusammenbruch des Kaiserreichs, das Ende einer jahrhundertealten monarchischen Ordnung, der Beginn einer demokratischen Zukunft für Deutschland.

Was für ein Ausruf in den letzten Tagen des Weltkriegs. Welche Botschaft für müde, ausgemergelte Männer und Frauen, für ein vom Krieg gezeichnetes Land, für die Städte, Kasernen, Betriebe, in denen Meutereien und Massentreiks wie ein Lauffeuer um sich griffen, in dieser explosiven Stimmung aus Protest, Hunger, Ungewissheit. Endlich Frieden, endlich politische Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit – das war die Verheißung jener Worte. Ein Lichtblick an einem trüben Novembertag!

Die Revolution, so ungeplant und improvisiert sie auch war, steht für eine tiefgreifende Zäsur in der deutschen Geschichte, für einen Aufbruch in die Moderne. Viele ihrer Errungenschaften prägen heute unser Land, auch wenn uns das nicht jeden Tag bewusst ist. Die Revolution brachte allen deutschen Parlamenten das allgemeine und gleiche Wahlrecht – endlich, zum ersten Mal auch für die Frauen! Sie bahnte den Weg zur Weimarer Nationalversammlung, zu einer republikanischen Verfassung, zur parlamentarischen Demokratie, der ersten in der Geschichte unseres Landes. Auch Grundsteine des modernen Sozialstaats legte diese Revolution: Achtstundentag, Tarifpartnerschaft, Mitbestimmung durch Betriebsräte – all das steht für den sozialen Fortschritt, der damals inmitten der Nachkriegswirren begann.

Aber trotz alledem hat die Revolution bis heute kaum Spuren im Gedächtnis unserer Nation hinterlassen. Der 9. November 1918 ist auf der Landkarte der deutschen Erinnerungsorte zwar verzeichnet, aber er hat nie den Platz



Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

gefunden, der ihm eigentlich zusteht. Er ist ein Stiefkind unserer Demokratiegeschichte – eben auch, weil der 9. November tatsächlich ein ambivalenter Tag ist, weil er für Licht und für Schatten steht, weil wir jene Demokratie, die damals begann, fast nie von ihrem Anfang, sondern meist von ihrem Ende her denken.

Manchmal scheint es mir, als sei jene Zeitenwende auf ewig überschattet vom Scheitern der Republik, als sei der 9. November 1918 diskreditiert und entwürdigt durch den 30. Januar 1933. Ja, das Ende der Weimarer Republik führte hinab ins furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte. Aber: Historisch gescheitert ist nicht die Demokratie – historisch gescheitert sind die Feinde der Demokratie. Der übersteigerte Nationalismus, die Diktatur, die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialisten haben Europa mit Krieg und abscheulichen Verbrechen überzogen, sie haben dieses Land politisch und

moralisch ruiniert. Zu unser aller Glück erhielten wir eine neue Chance auf Selbstbestimmung in Einheit und Freiheit – und diese Chance ist Wirklichkeit geworden: Sie, die Republik, hat sich historisch behauptet! Das dürfen wir hundert Jahre später für uns festhalten, und ich füge hinzu: auch feiern.

Dabei bleibt natürlich richtig: Jene Revolution war vom ersten Tag an auch eine paradoxe, eine widersprüchliche Revolution. Ihre Geschichte lässt sich nicht geradlinig erzählen. Doch welche deutsche Geschichte lässt sich das schon?

Die Widersprüchlichkeit der Revolution zeigte sich bereits am selben 9. November, als Karl Liebknecht, der Führer des Spartakusbundes, ein zweites Mal die Republik ausrief – nur zwei Stunden nach Philipp Scheidemann. Friedrich Ebert wollte zuvörderst Chaos, Bürgerkrieg und ein militärisches Eingreifen der Siegermächte verhindern; er war getrieben von dem Wunsch, den Menschen Arbeit und Brot zu geben. Der Rat der Volksbeauftragten sah seine Handlungsspielräume eng begrenzt in diesen ungewissen Monaten, im Strudel radikalerer Kräfte von rechts wie von links.

Und doch hätten die Volksbeauftragten wohl mehr Veränderung wagen müssen, als sie aus ihrer damaligen Sicht für verantwortbar hielten. Zu viele geschworene Gegner der jungen Republik behielten ihre Ämter in Militär, Justiz und Verwaltung. Sicher, gegen den Versuch der radikalen Linken, die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt zu verhindern, mussten die Volksbeauftragten um Friedrich Ebert sich zur Wehr setzen. Aber es gab keinerlei Rechtfertigung dafür, der Brutalität nationalistischer Freikorps faktisch freie Hand zu lassen. Viele wurden damals ermordet, unter ihnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auch der vielen Opfer jener Tage wollen wir heute gedenken.

Ja, diese Revolution war auch eine Revolution mit Irrwegen und enttäuschten Hoffnungen. Aber es bleibt das große Verdienst der gemäßigten Arbeiterbewegung, dass sie – in einem Klima der Gewalt, inmitten von Not und Hunger – den Kompromiss mit den gemäßigten Kräften des Bürgertums suchte, dass sie der parlamentarischen Demokratie den Vorrang gab.

Der 9. November 1918 ist ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte: Er steht für die Geburt der Republik in Deutschland. Er steht für den Durchbruch der parlamentarischen Demokratie. Und deshalb verdient er einen herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes. Denn: Wer heute glaubt, unsere Demokratie sei doch mittlerweile eine Selbstverständlichkeit und dieses Parlament ein Alltagsgegenstand, ganz wie ein altes Möbelstück, der schaue auf jene Tage! Nein, dieses Parlament ist keine Selbstverständlichkeit und erst recht keine Nebensache. Es ist eine historische Errungenschaft, und für diese Errungenschaft, für dieses Erbe müssen wir streiten – überall, aber zuallererst in diesem Haus!

In der Weimarer Republik hat der 9. November nie die symbolische Kraft eines Gründungsmythos gewinnen können. Selbst entschiedene Republikaner mochten sich nicht aus vollem Herzen zu einer Revolution bekennen, deren Sonne so „getrübt“ aufgegangen war, wie Theodor Wolff an ihrem ersten Jahrestag im Berliner Tageblatt schrieb. Statt Einheit zu stiften, verschärfte die Erinnerung an den 9. November sogar die ideologische Spaltung der Gesellschaft: Für Teile der radikalen Linken stand das Datum für den vermeintlichen Verrat an der Arbeiterklasse, für die Republikfeinde von rechts für ihre Lüge vom „Dolchstoß“, den angeblichen Verrat an den Frontkämpfern. Es war kein Zufall, dass Adolf Hitler ausgerechnet am 9. November 1923 in München den ersten Anlauf zum Sturz der Republik unternahm, jenes „undeutschen Systems“, dessen Repräsentanten die völkische Rechte mit mörderischem Hass überzog.

Insbesondere war es die Flagge der Republik, auf die es ihre Feinde abgesehen hatten und die sie immer wieder in den Schmutz zogen: Schwarz-Rot-Gold, die Farben der deutschen Freiheitsbewegung seit dem Hambacher Fest von 1832. Das allein ist Grund genug, den 9. November 1918 aus dem geschichtspolitischen Abseits zu holen. Wer heute Menschenrechte und Demokratie verächtlich macht, wer alten nationalistischen Hass wieder anfacht, der hat gewiss kein historisches Recht auf Schwarz-Rot-Gold!

Die Revolution von 1918/19 war ein Aufbruch in die Demokratie, in ein politisches Experiment mit offenem Ausgang. Heute wissen wir, welch schwere

Lasten die Zeitgenossen zu schultern hatten, die damals in Reich und Ländern die Demokratie erprobten. Der verlorene Krieg und sein blutiges Erbe der Gewalt, die Folgen des Versailler Vertrages, die Wirbelstürme von Wirtschaftskrise und Inflation, von Hunger und Massenelend – all das belastete die Weimarer Republik und überforderte sie bisweilen auch. Und es war vor allem die lange Tradition antiliberalen Denkens, die die politische Kultur der Republik vergiftete: Intellektuelle wie Carl Schmitt zogen gegen den Interessenpluralismus der „modernen Massengesellschaft“ zu Felde und schmähten die „taktischen Kompromisse und Koalitionen“ einer so genannten politischen „Klasse“. Vertreter der radikalen Linken geißelten Parlamente und Regierungen als Herrschaftsinstrumente der „bürgerlichen Klasse“.

Wenn wir uns diese Anfechtungen heute vor Augen führen, dann wird uns bewusst, wie beeindruckend die Leistung derjenigen war, die damals politische Verantwortung schulterten; die eine demokratische Verfassung auf den Weg brachten, das Justiz- und Bildungssystem modernisierten, für Wohnungsbau und Arbeitslosenversicherung sorgten, die Kunst und Wissenschaft erblühen ließen und – in all diesen Jahren – höchst zerbrechliche Koalitionen durch innen- wie außenpolitische Krisenstürme steuerten: Reichskanzler und -minister wie Hermann Müller, Gustav Stresemann oder Matthias Erzberger, Abgeordnete wie Marianne Weber und Helene Weber, Ernst Heilmann, Marie Elisabeth Lüders oder Marie Juchacz. Zu viele von ihnen sind heute vergessen.

Auch in Justiz und Verwaltung stützten überzeugte Demokraten den Verfassungsstaat. Staatsrechtslehrer wie Hugo Preuß, der Vater der Weimarer Reichsverfassung, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hermann Heller oder Hans Kelsen entwickelten Ideen, die noch heute inspirieren. Wissenschaftler wie der Nationalökonom Moritz Julius Bonn oder der Theologe Ernst Troeltsch brachten liberales Denken voran. Viele, die sich für die Republik engagierten, wurden von den Feinden der Demokratie verhöhnt, verfemt und angegriffen. Führende Politiker wie Erzberger und Walther Rathenau fielen rechtsextremen, meist antisemitisch motivierten Morden zum Opfer.

Lassen Sie uns nicht länger behaupten, dass die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten war! Diese mutigen Frauen und Männer standen viel zu lange im Schatten der Geschichte vom Scheitern der Weimarer Demokratie. Ich finde: Wir schulden ihnen Respekt, Hochachtung und Dankbarkeit.

Das Denken und Handeln der Weimarer Demokraten wirkte über die erste Republik hinaus. Die Mütter und Väter der Bundesrepublik, von denen viele in der Weimarer Zeit geprägt worden waren, konnten nach 1945 auf deren Kenntnissen aufbauen und auch aus ihren Irrtümern lernen. In den Worten von Heinrich August Winkler: „Dass Bonn nicht Weimar wurde, verdankt es auch der Tatsache, dass es Weimar gegeben hat.“

Ich will seinen Gedanken auch für unser heutiges Berlin in Anspruch nehmen. Ja, wir leben in Zeiten, in denen die liberale Demokratie wieder unter Druck gerät, in denen ihre Gegner lauter und selbstbewusster werden. Aber wenn bisweilen, in raunenden Tönen, vor „Weimarer Verhältnissen“ gewarnt wird, dann weise ich das entschieden zurück. So machen wir unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer, als sie sind! Und für beides besteht kein Grund.

Gerade wenn wir uns an die mutigen Frauen und Männer von damals erinnern, wenn wir ihre Erfahrungen als unseren Fundus begreifen, dann habe ich die Hoffnung: Nicht nur unsere Institutionen sind fester und wehrhafter errichtet, sondern vor allem wir als Demokraten können lernen von denen, die vor uns kamen. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind unser Erbe von diesen Müttern und Vätern – lassen Sie es uns selbstbewusst beanspruchen, und lassen Sie es uns klug und wachsam pflegen!

Am 9. November erinnern wir Deutsche an beides: an Licht und an Schatten unserer Geschichte. Dieser Tag ist ein Tag der Widersprüche, ein heller und ein dunkler Tag, ein Tag, der uns das abverlangt, was für immer zum Blick auf die deutsche Vergangenheit gehören wird: die Ambivalenz der Erinnerung.

Vor genau achtzig Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte wurden geplün-

dert und zerstört. Hunderte Frauen und Männer wurden von Nationalsozialisten getötet, begingen Selbstmord oder starben, nachdem sie in Konzentrationslagern misshandelt worden waren. Diese Pogrome – damals für alle sichtbar – waren ein Vorbote der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Sie stehen für den unvergleichlichen Bruch der Zivilisation, für den Absturz Deutschlands in die Barbarei. Wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus, und wir wissen um unsere Verantwortung – eine Verantwortung, die keinen Schlussstrich kennt.

Dieser 9. November stellt uns, verdichtet in einem einzigen Datum, vor die wohl schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte: Wie konnte es sein, dass dasselbe Volk, das am 9. November 1918 den Aufbruch in demokratische Selbstbestimmung wagte; das in den Folgejahren auf so vielen Gebieten menschlichen Strebens Fortschritte feierte; das in seinen Konzertsälen Symphonien lauschte und in seinen Nachtclubs Swing tanzte; dessen Wissenschaftler Nobelpreise gewannen; dessen Arbeiter genossenschaftliche Siedlungen bauten; dessen Künstler Traditionen über den Haufen warfen; dessen Kinofilme die Welt begeisterten – wie konnte es sein, dass dieses selbe Volk innerhalb weniger Jahre in demokratischen Wahlen den Demokratiefeinden zur Mehrheit verhalf; seine europäischen Nachbarn mit Krieg und Vernichtung überzog; wegschaute, wenn nicht gar gaffte und jubelte, wenn daheim in der eigenen Straße jüdische Nachbarn, Homosexuelle, seelisch Kranke aus ihren Häusern gezerrt wurden; abgeführt von den Schergen eines verbrecherischen Regimes – eines Regimes, das jüdische Familien in Viehwagen pferchte und Eltern mit ihren Kindern in Gaskammern schickte? Dies bleibt die schwierigste und schmerzhafteste Frage der deutschen Geschichte.

Die Antwort kann kein Historiker-Kongress uns abnehmen. Keine historische Einordnung kann unser Herz beruhigen und erleichtern. Die Antwort ist überhaupt nicht allein mit Worten zu geben. Sondern wir können sie nur durch unser Handeln geben!

Erinnerung, die nur pflichtbewusst an Gedenktagen unsere Lippen bewegt, die aber nicht mehr unser Handeln prägt – eine solche Erinnerung erstarrt



Gespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble auf dem Westbalkon des Reichstagsgebäudes, von dem aus Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die Republik ausrief

zum Ritual. Schlimmstenfalls führt sie sogar zu Ressentiments, zu Entfremdung zwischen offiziellem Gedenken und dem Lebensalltag, dem Empfinden der Bürgerinnen und Bürger, gerade der jungen Menschen, die sagen: „Was hat das denn mit mir zu tun?“

Verehrte Abgeordnete, liebe Gäste: In unserem Handeln müssen wir beweisen, dass wir, die Deutschen, wirklich gelernt haben, dass wir wirklich wachsamer geworden sind im Angesicht unserer Geschichte! Wir müssen handeln, wo auch immer die Würde eines Anderen verletzt wird! Wir müssen gegensteuern, wenn eine Sprache des Hasses um sich greift! Wir dürfen nicht zulassen, dass einige wieder von sich behaupten, allein für das „wahre Volk“ zu sprechen, und andere ausgrenzen! Wir müssen widersprechen, wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt werden, wenn Menschen einer bestimmten Religion oder

Hautfarbe unter Generalverdacht gestellt werden. Und wir lassen nicht nach in unserem Kampf gegen den Antisemitismus! Wir müssen verhindern, dass sich die Gruppen immer mehr voreinander verschanzen. Wir müssen uns aufraffen und aufeinander zugehen! Wir müssen dafür sorgen, dass diese Gesellschaft mit sich selbst im Gespräch bleibt.

Und – auch das: Wir müssen wieder kämpfen für den Zusammenhalt in Europa, und wir müssen streiten für eine internationale Ordnung, die angefochten wird – selbst von unseren Partnern. Denn dieser europäischen Einigung und dieser internationalen Ordnung haben wir es zu verdanken, dass wir Deutschen heute wieder ein Volk sind, das wirtschaftlich und politisch zu Kräften gekommen ist; das in seiner großen Mehrheit weltoffen und europäisch leben will; das von vielen in der Welt geachtet, ja sogar geschätzt wird; das immer noch in seinen Konzertsälen Symphonien lauscht und in seinen Nachtclubs heute vielleicht nicht mehr zu Swing, sondern zu Electro-Beats tanzt; dessen Wissenschaftler auch wieder Nobelpreise gewinnen; dessen Athleten Rekorde brechen; dessen Unternehmen und Universitäten junge Menschen aus der ganzen Welt anziehen – ja, sogar, und darüber freue ich mich ganz besonders, viele aus Israel.

Dass wir diesem großen Glück durch unser Handeln gerecht werden – das ist der wahre Auftrag dieses Tages. Er richtet sich an jeden Deutschen, weit über Gedenkstunden hinaus. Nehmen wir diese Verpflichtung an!

Berlin ist nicht Weimar und wird es nicht werden. Die Gefahren von gestern sind nicht die Gefahren von heute. Wer immer nur vor der Wiederkehr des Gleichen warnt, droht, neue Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Aber: Erinnerung kann den Blick schärfen für neue Anfechtungen. Und die gibt es gewiss.

So wenig der Demokratie am 9. November 1918 ihr Scheitern schon vorherbestimmt war, so wenig ist heute, einhundert Jahre später, ihr Gelingen garantiert. Wir beobachten ein wachsendes Unbehagen an der Parteiendemokratie bis hinein in die Mitte unserer Gesellschaft. Wir erleben, wie manche die Parlamente gar nicht mehr als Orte für politische Lösungen ansehen wollen.

Nicht alle diese Menschen sind Gegner der Demokratie – aber sie fehlen der Demokratie. Gerade die Geschichte der Weimarer Republik zeigt doch, wie sehr wir Bürgerinnen und Bürger brauchen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die sich den Mühen demokratischer Politik aussetzen – weil sie an ihren Wert glauben.

Ich wünsche mir, dass heute, an ihrem 100. Geburtstag, möglichst viele Menschen in unserem Land dem Wert der parlamentarischen Demokratie nicht nur nachspüren – sondern dass sie daraus die Kraft schöpfen, den Mut fassen, sich in und für diese Demokratie zu engagieren. Denn: Mut, den braucht es dafür auch heute. Aber: Ihn zu haben, ist heute zum Glück doch so viel leichter als in der ersten deutschen Demokratie nach 1918!

Aber der Mut des Einzelnen wird nicht genügen. Wir brauchen den verbindenden Moment. Denn wir spüren doch, dass große Fliehkräfte an unserer Gesellschaft zerren, dass die Gräben tiefer werden, nicht nur die ökonomischen, sondern auch kulturelle. Wir alle haben ein tiefes Bedürfnis nach Heimat, Zusammenhalt, Orientierung. Und dafür spielt der Blick auf die eigene Geschichte eine entscheidende Rolle. Jedes Volk sucht Sinn und Verbundenheit in seiner Geschichte – warum sollte das für uns Deutsche nicht gelten?

Wir brauchen die Erinnerung. Auch deshalb ist heute ein wichtiger Tag. Der 9. November kann Orientierung geben, ja! – aber keine Eindeutigkeit.

Man kann diese Bundesrepublik nicht begründen ohne die Katastrophe zweier Weltkriege, ohne das Menschheitsverbrechen der Shoah. Sie sind unverrückbarer Teil unserer Identität. Aber: Die Bundesrepublik erklärt sich auch nicht allein ex negativo, nicht allein aus dem „Nie wieder!“. Man kann unser Land nicht begründen ohne die weit verzweigten Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsbestrebungen, die es über Jahrhunderte hinweg gegeben hat und aus denen die Bundesrepublik nach 1945 auch wachsen konnte.

Ich weiß: Es ist schwer, beides im Herzen zu tragen. Aber wir dürfen es versuchen! Wir können stolz sein auf die Traditionen von Freiheit und Demo-

kratie, ohne den Blick auf den Abgrund der Shoah zu verdrängen. Und: Wir können uns der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch bewusst sein, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was geglückt ist in unserem Land.

Ja: Wir dürfen uns diesem Land anvertrauen – auch wenn, oder gerade weil beides in ihm steckt. Denn wir nehmen uns beides zu Herzen. Das ist der Kern eines aufgeklärten Patriotismus. Es geht ihm weder um Lorbeerkränze noch um Dornenkronen. Er ist niemals laut und auftrumpfend – er ist ein Patriotismus mit leisen Tönen und gemischten Gefühlen.

Manche mögen das als eine Schwäche ansehen – ganz besonders die, die einen neuen, aggressiven Nationalismus schüren. Ich empfinde das genaue Gegenteil. Der Nationalismus vergoldet die eigene Vergangenheit, er suhlt sich im Triumph über andere. Der Nationalismus, auch der neue, beschwört die heile alte Welt, die es niemals gegeben hat.

Ein demokratischer Patriotismus aber ist kein wohliges Ruhekissen, sondern ein beständiger Ansporn. Ein Ansporn für alle, die nicht sagen: „Die beste Zeit liegt hinter uns“, sondern die sagen: „Wir wollen und wir können die Zukunft besser machen.“ Das ist die Zuversicht von Demokraten – und das sollte unsere Haltung sein!

Zuversicht haben die Frauen und Männer bewiesen, die uns auf dem langen Weg zu Einigkeit und Recht und Freiheit in unserem Land vorangegangen sind. Die Vorkämpfer zur Zeit der Französischen Revolution, in der sehr kurzlebigen Mainzer Republik etwa, und im liberalen Vormärz, während der Revolution von 1848 und in der Frankfurter Paulskirche, deren Geist nicht nur die Weimarer Verfassung durchzieht, sondern auch unser heutiges Grundgesetz. Und wenn wir genau hinschauen, dann entdecken wir noch frühere Anfänge von Selbstbestimmung und Gewaltenteilung, Anfänge, die bis ins Mittelalter zurück reichen, zum Stolz der Freien Reichs- oder Hansestädte etwa, zu den Freiheitsforderungen der deutschen Bauern oder zur alten Reichsverfassung, von der sich sogar – das wird Sie überraschen – amerikanische Verfassungsväter inspirieren ließen.

Wir erinnern auch an diejenigen, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, im Exil und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus für Freiheit und Demokratie kämpften und von denen nicht wenige ihr Leben ließen.

Und vor allem denken wir heute an die Frauen und Männer, die im Herbst 1989 auf die Straßen strömten – in Leipzig, Dresden, Plauen und Chemnitz, in Berlin, Potsdam, Halle und Magdeburg, in Arnstadt, Rostock und Schwerin. Sie haben den Weg zur Wiedervereinigung unseres Landes bereitet. Ohne ihre Friedliche Revolution, ohne ihren Mut und Freiheitswillen hätte es ihn nicht gegeben: den Fall der Mauer, jenen glücklichsten 9. November in unserer Geschichte. Auch daran erinnern wir heute in Dankbarkeit.

All diese Frauen und Männer haben nach und nach errungen, wovon die Deutschen lange Zeit nur träumen konnten: ein freies, vereintes, demokratisches Deutschland. Zu viele von ihnen sind heute vergessen. Ich wünsche mir, dass wir mehr Aufmerksamkeit, mehr Herzblut und, ja, gern auch mehr finanzielle Mittel den Orten und den Protagonisten unserer Demokratiegeschichte widmen. Für das Selbstverständnis unserer Republik sollten wir mehr investieren als nur in die Grablege von Königen oder die Schlösser von Fürsten!

Wir alle, die wir uns zur Demokratie bekennen, die Millionen, die sich Tag um Tag für dieses Land engagieren, sie alle stehen in dieser Tradition. Sie zeigen durch tägliches Beispiel: Ein demokratischer Patriotismus ist keine Abstraktion und keine Kopfgeburt. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger entspringt doch nicht allein aus kühlem Verstand oder Berechnung, sondern bei den allermeisten aus tiefstem Herzen. Also: Trauen wir uns doch! Trauen wir uns, die Hoffnung, die republikanische Leidenschaft jener Novembertage auch in unserer Zeit zu zeigen. Trauen wir uns, den Anspruch zu erneuern: Es lebe die deutsche Republik! Es lebe unsere Demokratie!

„Es ist an uns, diese historischen Errungenschaften mit Leben zu füllen“

Rede beim Festakt „225 Jahre Mainzer Republik“

19. März 2018, Mainz

In den vergangenen zwölf Monaten habe ich viele Orte in ganz Deutschland besucht, an denen mutige Männer und Frauen zu unterschiedlichen Zeiten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gestritten haben. Ich war in Herrenchiemsee, in Rastatt und gerade in Hambach, in der Dresdner Frauenkirche und an der Berliner Mauer, aber auch an weniger bekannten Plätzen und Stätten in allen Bundesländern, an denen Menschen es gewagt haben, frei zu denken und als Bürger selbstbewusst zu handeln.

Hier in Mainz geht diese besondere Deutschlandreise heute zu Ende, und es ist kein Zufall, dass ich bei Ihnen nun ganz am Anfang unserer wechselvollen Freiheits- und Demokratiegeschichte angekommen bin. Die Mainzer Republik, die vor 225 Jahren vom Balkon des Deutschhauses ausgerufen wurde, sie markiert den Beginn des schwierigen deutschen Wegs zur parlamentarischen Demokratie. Es war, wie wir wissen, ein krummer und steiniger Weg, und das frühe demokratische Experiment in dieser Stadt steht in einzigartiger Weise für seine Widersprüche, Brüche und Rückschläge.

Ich bin überzeugt, nur ein differenziertes und kritisches Gedenken kann dazu beitragen, die demokratische Tradition unseres Gemeinwesens zu stärken. Wenn wir heute an die Mainzer Republik erinnern, dann erinnern wir uns an beides: an die erste freiheitliche und demokratische Bewegung, die es auf deutschem Boden gab, aber auch an die Schattenseiten des Regimes, das die Mainzer Demokraten dann mit Hilfe der französischen Besatzungskräfte ins Leben riefen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sich in Mainz und in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren verstärkt dafür einsetzen, die Erinnerung an diesen spannenden, aber auch ambivalenten Prolog der deutschen Demokratiegeschichte wachzuhalten. Ich wünsche mir, dass Sie auf diesem Weg weitergehen und auch neue Ideen für ein lebendiges Gedenken ausprobieren. Und ich freue mich sehr, heute Abend bei Ihnen zu sein.



Plenarsaal des rheinland-pfälzischen Landtags in der Steinhalle des Landesmuseums Mainz

Im Herbst des Jahres 1792, kurz nachdem französische Revolutionstruppen Mainz besetzt hatten, versuchten einige Bürger dieser Stadt, die Menschen in der Region zwischen Landau und Bingen für die Demokratie zu begeistern. Einer dieser Bürger war Georg Wedekind, der ehemalige Leibarzt des Kurfürsten, der nun als Präsident der „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“ auftrat. Immer wieder wandte er sich in jenen Monaten an seine „Mitbürger“, um sie für die Annahme einer demokratischen Verfassung nach dem Vorbild der französischen Republik zu gewinnen.

„Liebe Mainzer, [...]“, schrieb Wedekind Ende November 1792, „wenn ihr überzeugt seid, dass eure vorige Verfassung euer Menschenglück [...] nicht erhöhte [...], o so tut doch alles, um bald wieder unter Gesetzen, die ihr euch selbst gebt, unter Magistraten, die ihr selbst wählt, glücklich und glücklicher zu sein, als

ihr nie wart. [...] Zieht doch die edle Tätigkeit eines freien Bürgers einer [...] durch sklavische Furcht erkauften Sicherheit vor.“

Wie schön ist sie hier formuliert, die Sehnsucht nach Demokratie – von einem, der sie noch nie erlebt hat!

Wedekind und seine Mitstreiter, allesamt begeisterte Anhänger der Aufklärung, sahen damals die historische Chance gekommen, unter dem Waffenschutz der französischen Truppen die Ideen von 1789 auch auf deutschem Boden zu verwirklichen. Sie wollten die Ketten der ständischen Ordnung sprengen und von Untertanen zu Bürgern werden.

Und um dieses Ziel zu erreichen, starteten sie eine wirklich bemerkenswerte politische Kampagne: Sie diskutierten im Jakobinerklub öffentlich über Grundfragen von Staat und Gesellschaft, verteilten Flugschriften in Stadt und Land, publizierten Artikel in nicht weniger als sieben revolutionären Zeitungen, errichteten Freiheitsbäume und feierten Freiheitsfeste.

In keiner anderen Stadt des Heiligen Römischen Reiches gab es damals eine so breite Politisierung der Bürgerschaft wie in Mainz. Vieles von dem, was hier gedacht und geäußert wurde, hatte intellektuelles Gewicht, wies in die Zukunft und wurde von hier aus weitergetragen.

Georg Wedekind warb zum Beispiel für eine demokratische Republik, die auf unantastbaren „Rechten des Menschen und des Bürgers“ beruhen sollte. Er wollte eine institutionelle Ordnung, die es möglich macht, „Launen und Leidenschaften“ in vernünftige Bahnen zu lenken. In seinen Reden im Jakobinerklub entwarf er Wesenselemente einer modernen repräsentativen Demokratie – und hatte auch gleich einen ganz praktischen Rat an seine Mitbürger: Sie sollten doch bitte aufpassen, keine „Tyrannen“ ins Parlament zu wählen, aber auch keine „Schlafhauben“.

All das blieb nicht ohne Wirkung. Ideen und Aktionen der Mainzer Jakobiner stießen über die besetzten Gebiete hinaus bei demokratisch gesinnten Kräften

auf Gehör, und sie beeinflussten auch die liberale Bewegung des Vormärz. Vor allem der Mainzer Klubist Adam von Itzstein verkörpert die Kontinuität von der Mainzer Republik über das Hambacher Fest bis in die Frankfurter Paulskirche, wo 1848 die verfassunggebende Nationalversammlung der Deutschen Revolution zusammentrat.

Zur historischen Wahrheit gehört aber auch, dass es den Mainzer Jakobinern damals nicht gelang, das Volk in den besetzten Gebieten Rheinhessens und der Pfalz für die Volksherrschaft zu gewinnen, aller Leidenschaft und allen aufklärerischen Anstrengungen zum Trotz. Ihre liberale Idee, mit Argumenten und Überzeugungskraft zu einer demokratischen Republik zu gelangen, ging nicht auf. Die Mehrheit wollte diese Revolution nicht, aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Was dann geschah, hat der Mainzer Historiker Franz Dumont als „Despotismus der Freiheit“ bezeichnet. Die französischen Besatzer gingen dazu über, die Republik mit Zwang ins Werk zu setzen. Zeitgenössische Quellen berichten: Neben dem Freiheitsbaum wurden Galgen aufgestellt, und wer an den Wahlen zum Konvent teilnehmen wollte, der musste vorher einen Eid auf Freiheit und Gleichheit schwören.

Der „Rheinisch-Deutsche Freistaat“, der am 18. März 1793 ausgerufen wurde, war vor diesem Hintergrund noch keine mustergültige Demokratie. Aber sein Konvent, in dem sich erstmals gewählte Repräsentanten aus einigen Gemeinden der Region versammelten, war unbestreitbar Vorläufer eines modernen Parlaments und hat sich tief eingeschrieben in die deutsche Demokratiegeschichte.

Zur Geschichte der Mainzer Republik gehört auch ihr gewaltsames Ende. Nachdem preußisch-österreichische Truppen die Stadt zurückerobert hatten und die Franzosen abgezogen waren, nahmen viele der Geflohenen und Vertriebenen Rache an den Mainzer Jakobinern und an allen, die nur im Verdacht standen, mit den Besatzern zusammengearbeitet zu haben. Goethe, der die Belagerung von Mainz als Schlachtenbummler beobachtet hatte,

sprach angesichts der Gewaltexzesse in der Stadt von einem „bürgerlichen Krieg“ – heute würden wir wohl sagen: Bürgerkrieg.

Natürlich wäre es falsch, das politische Experiment, das die Mainzer Jakobiner damals in Gang setzten, einfach nach heutigen Maßstäben zu beurteilen. Aber es gilt doch festzuhalten, dass sie beim Versuch, ihre demokratischen und aufklärerischen Ideale zu verwirklichen, auch in Widerspruch zu eben diesen Idealen geraten sind. Als sendungsbewusste Minderheit fühlten sie sich im Recht, der Mehrheit im Namen der „ewigen Vernunftgesetze“ ihre Wahrheit aufzuzwingen, und ihr Demokratieversuch trug Züge dessen, was man später eine Tugenddiktatur genannt hat.

Die Geschichte der Mainzer Republik und ihrer Protagonisten macht uns bewusst: Die Demokratie ist eine faszinierende, aber auch eine anspruchsvolle und voraussetzungsreiche Staatsform. Und sie ist eine Staatsform, die das Risiko der Selbsterstörung in sich trägt, wenn Bürger aufhören, sich für die Demokratie zu engagieren, wenn sie aufhören, Verantwortung in den demokratischen Institutionen zu übernehmen oder antidemokratische Akteure einfach gewähren lassen.

Die Geschichte erinnert uns daran, dass eine Demokratie aufhört, Demokratie zu sein, wenn sie sich über ihre liberalen Grundlagen hinwegsetzt. Demokratie bleibt nicht Demokratie ohne Menschen- und Bürgerrechte, ohne die Herrschaft des Rechts und den Schutz von Minderheiten – auch wenn manche heute, sogar in Europa, das Gegenteil behaupten.

Sie führt uns vor Augen, dass Vorsicht angebracht ist, wann immer politische Kräfte Glücks- oder Heilsversprechen abgeben – oder wenn sie von sich behaupten, im Namen des eigentlichen, des „wahren Volkswillens“ zu handeln, wie wir das heute, unter ganz anderen Vorzeichen, auch in Deutschland und Europa wieder erleben müssen.

Nicht zuletzt lehrt sie uns, wie wichtig demokratische Institutionen sind, in denen der „allgemeine Wille“ in repräsentativen Verfahren, durch Diskussion

und Kompromiss, durch den friedlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen gebildet wird. Sie lehrt uns, dass demokratische Entscheidungen immer nur vorläufig endgültig sein dürfen, dass sie unter dem Vorbehalt stehen, zu einem späteren Zeitpunkt überprüft und gegebenenfalls korrigiert zu werden, und zwar ohne Blutvergießen.

Heute leben wir in Deutschland unter der besten Verfassung, die wir jemals hatten. Das haben wir auch denen zu verdanken, die sich in unserer Geschichte für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für die Ideen von 1789 eingesetzt haben, oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens. Die Mainzer Jakobiner gingen ihnen voran – daran ändern auch ihre Widersprüche in Theorie und Praxis nichts.

Heute vor einem Jahr, als ich das Amt des Bundespräsidenten angetreten habe, da habe ich gesagt: Wir müssen wieder lernen, für die Demokratie zu streiten! Der Blick in unsere Geschichte zeigt auf einzigartige Weise, dass Einigkeit und Recht und Freiheit alles andere als selbstverständlich sind. Es ist an uns, diese historischen Errungenschaften mit Leben zu füllen und zu verteidigen, jeden Tag aufs Neue.

Auf meiner Deutschlandreise bin ich unzähligen Menschen begegnet, die unser demokratisches Gemeinwesen stärken und beleben, weil sie sich um mehr kümmern als nur um sich selbst, weil sie Verantwortung übernehmen in Kreisräten und Betriebsräten, in Stiftungen und Verbänden, Kindergärten und Hospizen, Sportvereinen und Kulturensembles, bei der Feuerwehr und in Hilfsorganisationen. Ich bin Menschen begegnet, die sich für die Ausbildung von Flüchtlingen einsetzen oder Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit organisieren, die Unterschriften sammeln, Spendenaufrufe im Internet starten oder sich in große gesellschaftliche Debatten wie „#MeToo“ einmischen. Sie alle sorgen mit Klugheit, mit kreativen Ideen und viel Leidenschaft dafür, dass das Miteinander in unserer vielfältigen, offenen Gesellschaft gelingt oder dass sich die Verhältnisse zum Besseren wenden.

Ich finde, es ist ein großes Glück, in einem Land zu leben, das solche Bürgerinnen und Bürger hat! All die vielen, die sich einbringen und mit anpacken,

die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sie stimmen mich zuversichtlich. Denn sie sind es, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Bei aller Freude über dieses vielfältige Engagement dürfen wir aber eins nicht vergessen: Unsere parlamentarische Demokratie ist auch auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die sich zur Wahl stellen, die sich um Ämter und Mandate bewerben und die Politik zum Beruf – oder mindestens zum Nebenberuf – machen. Sie kann nur dann bestehen, wenn es Menschen gibt, die in Parteien, Parlamente und Regierungen gehen, um an der politischen Willensbildung mitzuwirken und die Dinge zu regeln, die uns alle angehen – von der Eurokrise bis zur Umgehungsstraße. Für die Demokratie zu streiten, das heißt für mich auch, für ihre politischen Formen und ihre repräsentativen Verfahren zu werben. Deshalb freue ich mich, dass meine Deutschlandreise hier bei Ihnen im Landtag endet.

Wir leben in einer Zeit, in der das Interesse für das Allgemeine, für das eigentlich Politische in manchen Teilen unserer Gesellschaft schwächer wird. Politische Parteien und andere Großorganisationen verlieren an Bindungskraft, und wir erleben eine Fragmentierung der Öffentlichkeit, nicht zuletzt durch die rasante Ausbreitung der neuen Medien. Wenn aber immer weniger Menschen über dasselbe sprechen, wenn sich immer weniger abends um das Lagerfeuer der Tagesschau versammeln, wenn insbesondere junge Menschen keine Tageszeitung mehr lesen, sondern sich in den Echo-kammern des Internets bewegen, wenn die Fähigkeit zum Kompromiss als Schwäche abgetan wird und diejenigen, die Verantwortung übernehmen, als „Establishment“ verschrien werden, dann hat das Folgen für unsere repräsentative Demokratie.

Es gibt jedenfalls heute einige, die Parlamente wie diesen Landtag oder andere demokratische Institutionen gar nicht mehr als Orte für politische Lösungen ansehen wollen. Manche haben sich sogar angewöhnt, an eine „Welt ohne Politik zu glauben“, wie der Rechtsphilosoph Christoph Möllers geschrieben hat – oder zumindest an eine Welt, „in der Politik ihnen weder etwas nehmen noch geben kann“.

Aber eine Welt ohne Politik ist keine bessere Welt. Sie ist eine gefährliche Illusion. Wie sollen wir die vielfältigen Interessen in unserer pluralen Gesellschaft friedlich zum Ausgleich bringen, wenn es nicht auch in Zukunft Menschen gibt, die sich den Mühen des repräsentativen Prozesses aussetzen, die das zähe Ringen am Verhandlungstisch nicht scheuen und den Mut haben, Kompromisse einzugehen?

Wie sollen wir gute Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit finden, wenn wir nicht auch junge Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft dafür gewinnen können, ein Mandat zu übernehmen, sich der öffentlichen Kritik auszusetzen und politischen Wahlen zu stellen?

Wo sonst, wenn nicht in demokratischen Institutionen, soll der Ort einer allgemeinen Öffentlichkeit sein, an dem Angehörige aller Schichten, Kulturen, Regionen und Altersgruppen zusammenkommen, um für das bessere Argument zu streiten?

Denken wir an das Thema, das unser Land in den vergangenen Jahren wie kein anderes bewegt hat: die Aufnahme von Flüchtlingen. Natürlich bin ich jedem Bürger, jeder Bürgerin dankbar, die mit angepackt haben, um diese große Herausforderung zu bewältigen – den Ehrenamtlichen in Notunterkünften, Sportvereinen oder den Tafeln ebenso wie den Hauptamtlichen, den Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrern und vielen anderen.

Aber es sind eben auch die gewählten Politikerinnen und Politiker, auf die es ankommt. Und damit meine ich nicht nur die Bundesregierung, sondern jede Ministerpräsidentin und jeden Landesinnenminister, all die Abgeordneten, die sich daheim im Wahlkreis den teils heftigen Debatten stellen, jeden Bürgermeister und jede Landrätin. Sie alle stehen in der Verantwortung, müssen unzählige kleine und große Entscheidungen treffen, Verteilungsfragen beantworten, teils scharfe Interessenkonflikte lösen. Sie alle können und dürfen sich nicht wegducken, sondern sie stehen mitten im Wind.

Ich will an die Verleumdungen und an die Angriffe auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erinnern, die wir erlebt haben. Es hat Hasskampagnen

und körperliche Gewalt gegeben, weil die Entscheidung zur Aufnahme von Flüchtlingen auf Abwehr gestoßen ist. Erst vor wenigen Tagen bin ich in Nordrhein-Westfalen dem Bürgermeister von Altena begegnet, der mit einem Messer attackiert und verletzt worden ist. Es gibt in einigen Fällen aber auch Einschüchterung und Gewalt durch Flüchtlinge. Es gibt Konflikte und Reibungen, von der kleinen Rücksichtslosigkeit bis zur Prügelei. Ich finde, wer die alltäglichen Probleme der Integration auf Schulhöfen oder im Wohnviertel benennt und die Durchsetzung von Ordnung fordert, der muss nicht öffentlich kritisiert werden.

Die Integration der Flüchtlinge bleibt eine gewaltige Aufgabe, die unsere Gesellschaft aufwühlt. Weder Polarisierung noch Moralisierung lösen die praktischen Probleme, sondern Vernunft und Augenmaß, Kompromissfähigkeit und Entschlossenheit. Gewählte Politikerinnen und Politiker müssen entsprechend handeln. Und sie verdienen dafür mehr als nur mitleidiges Verständnis. Sie verdienen Respekt – und tatkräftigen Schutz, wenn sie bedroht werden.

Es ist nicht an mir zu beurteilen, ob jede einzelne politische Entscheidung in der Flüchtlingskrise richtig ist. Aber es ist mir wichtig zu sagen: Ohne den Einsatz der Gewählten, ohne ihr Verantwortungsbewusstsein könnten wir diese historische Herausforderung nicht meistern und übrigens auch Zuwanderung in der Zukunft nicht gestalten.

Deshalb, glaube ich, sollten wir uns wieder bewusst machen, was Politik eigentlich ist. Dazu gehört auch, keine falschen Erwartungen zu wecken. Demokratie ist eine anstrengende Staatsform. Politisches Engagement ist nicht immer cool und attraktiv, sondern oft unglamourös und kleinteilig. Politische Inhalte und vernünftige Argumente sind meistens komplexer als ein Hashtag. Sie alle hier im Landtag wissen es aus eigener Erfahrung: Demokratische Politik kostet viel Zeit, Geduld und Nerven.

Das soll nicht heißen, dass wir uns nicht auch Gedanken darüber machen müssen, wie Politik attraktiver werden kann, wie wir neue Instrumente der

Beteiligung schaffen und neue Wege in die Politik ebnen können, gerade für junge Menschen. Ich freue mich, dass Sie hier gleich über diese Frage diskutieren wollen.

Aber es gibt keine Erlösung von der Politik. Es reicht nicht aus, mit Häme oder Ironie auf das manchmal schwerfällige demokratische Ringen zu blicken, und es spielt den Antidemokraten in die Karten, wenn Politiker und ihre Arbeit verächtlich gemacht oder der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Freie Kritik und Satire sind in der Demokratie unverzichtbar, aber die Banalisierung und Klamaukisierung von Politik, vor allem der Einzug von Hass und Verachtung in den politischen Diskurs machen mir Sorgen, und ich halte sie für genauso gefährlich wie die Flucht aus der Politik. Natürlich, die Inhalte der Politik sind komplex, vielleicht komplexer denn je, aber das darf kein Grund sein, Politik und politische Berichterstattung auf Parteitaktik, Egotrips und markige Auftritte, auf „Daumen hoch“ oder „Daumen runter“ zu reduzieren.

Wir leben in einer stabilen und lebendigen Demokratie, die sogar eine außergewöhnlich schwierige Regierungsbildung verkraftet hat. Das verdanken wir nicht zuletzt den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die bereit sind, sich in politischen Parteien und Parlamenten einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Und ich will heute auch noch einmal ganz klar sagen: Wir brauchen auch Politikerinnen und Politiker, die regieren wollen und bereit sind, die dafür unvermeidlichen Kompromisse einzugehen, und wir brauchen sie in allen demokratischen Parteien.

Die Mainzer Jakobiner, sie stehen für mich vor allem für eines: für den Willen zur Demokratie. Und diesen Willen, den brauchen wir auch heute und in Zukunft – hier in Mainz und in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in unserem vereinten Europa.

Ich danke Ihnen.

„Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie“

Namensbeitrag in der Wochenzeitung Die Zeit

14. März 2019

Die Zukunft ist offen. Selten war uns das so bewusst wie heute. Freiheit und Demokratie stehen unter Druck, autoritär verfasste politische Systeme treten immer selbstbewusster auf die Weltbühne, alte Gewissheiten geraten ins Rutschen. Vom „Ende der Geschichte“, vom Sieg des Westens und vom unumkehrbaren Weg Richtung weltumspannender Demokratie spricht niemand mehr. Gerade in Zeiten von Veränderung und Ungewissheit neigen wir Deutschen nicht gerade zu übermäßiger Zuversicht. Im Gegenteil, allzu oft verfallen wir in lähmenden Pessimismus. Ich glaube, unser Blick in die Zukunft hängt auch damit zusammen, wie wir auf die Vergangenheit schauen.

Die verheerenden Folgen nationalistischer Selbstüberhebung und Demokratieverachtung stehen uns warnend vor Augen. Das ist richtig so. Das Bewusstsein dafür, Wachsamkeit und Skepsis bleiben geboten. Dennoch sollten wir fragen: Gibt es nicht auch Ereignisse und Vorbilder in unserer Demokratiegeschichte, die uns inspirieren, die Ansporn geben und Mut machen können? Gab es nicht Zeiten – denken wir etwa an den Weimarer Aufbruch vor 100 Jahren –, in denen große Umwälzungen auch große Errungenschaften hervorbrachten? Errungenschaften, die unsere Demokratie bis heute prägen und stark machen; Heldinnen und Helden, auf die wir stolz sein können? Ich meine, wir haben unsere Freiheits- und Demokratiegeschichte in unserem Denken über Zukunft zu lange vernachlässigt, und das sollten wir ändern!

Ein Beispiel: Wenn bei einer großen Demonstration für eine offene Gesellschaft die Farben Schwarz-Rot-Gold nicht gezeigt werden sollen, dann offenbart sich, wie groß die Defizite in Sachen Demokratiegeschichte heute sind. Schwarz-Rot-Gold ist doch nicht das Aushängeschild eines engstirnigen Nationalismus, sondern das Wahrzeichen von Freiheit und Demokratie. Freiheitskämpfer seit dem Hambacher Fest von 1832 trugen mutig, oft unter Lebensgefahr, diese deutsche Trikolore. Und im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ organisierten



Arbeitszimmer in Schloss Bellevue

sich Millionen liberale, christliche und soziale Demokraten für die Weimarer Republik und gegen den Nationalsozialismus.

Demokratiegeschichte kann in Deutschland nicht als gradlinige Erfolgsgeschichte erzählt werden. Sie darf auch nie als Konkurrenz, sondern muss immer im Wissen um die Diktatur und ihre Wurzeln verstanden werden. Das Erinnern an den Holocaust und die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges hat für unser deutsches Selbstverständnis herausragende Bedeutung gewonnen. Hinzu kamen die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Würdigung ihrer Opfer. Und vergessen wir nicht: Diese Erinnerungskultur musste erstritten werden, bevor sie Konsens werden konnte. Bürgerschaftliches Engagement und eine kritisch-aufklärerische Wissenschaft haben sich gegen Verdrängen und Beschweigen durchgesetzt. Diese Erinnerungskultur ist eine Errungen-

schaft dieser Republik, und sie bleibt für heutige und kommende Generationen unverzichtbar. Sie kennt keinen Schlusstrich.

Kurzum: Was sich nicht wiederholen soll, darf nicht vergessen werden. Aber auch an das, was Vorbild war, was Bestand und Zukunft haben soll, muss erinnert werden. Nicht nur Diktatur und Verbrechen bieten demokratisches Lernpotential, auch der Kampf für Freiheit und Demokratie in unserer Geschichte sollte uns leiten. Demokratiegeschichte kann zeigen, was Einzelne zu leisten vermögen, wie Gleichheit erstritten und wie demokratische Institutionen entwickelt wurden. Und auch beim Erinnern an die Diktatur darf unser Interesse nicht bei den Tätern haltmachen. Der ostdeutsche Theologe Richard Schröder hat mit Blick auf die DDR beklagt, dass mehr an Teilung, Überwachung und Verfolgung erinnert werde als an die Opposition. Es stimmt, es gibt wichtige Gedenkstätten, die an die Untaten der Stasi und ihre Opfer erinnern, aber wo ist der Ort, an dem von der Friedens-, Umwelt- und Demokratiebewegung erzählt wird? Wer kennt etwa außerhalb von Rostock Arno Esch, den liberalen Jura-Studenten, der sein Engagement für Demokratie und Recht bereits 1951 mit dem Leben bezahlen musste? Im Berliner Bendlerblock, wo die Widerständler vom 20. Juli 1944 ihre Zentrale hatten, wird heute an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in ganzer Breite vorbildlich erinnert. Aber wo ist der authentische Ort, der den mutigen Oppositionellen in der DDR gewidmet ist? Auch Opposition und Widerstand sind wichtige Teile der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte.

Ein aufmerksamerer Blick für unsere Demokratiegeschichte bedeutet beileibe keine nationale Nabelschau. Im Gegenteil, er verbindet uns immer wieder mit unseren Nachbarn in Europa und unseren Partnern in der Welt. Beim Hambacher Fest wehten nicht nur schwarz-rot-goldene, sondern auch polnische und französische Flaggen. Ein demokratischer Patriotismus in Deutschland weiß: 1789, 1848, 1918, 1949 und 1989 sind allesamt auch hoffnungsvolle Wendemarken der europäischen Geschichte. Sie führen uns in Europa nicht auseinander, sondern zusammen.

Beim Nachdenken über den Umgang mit unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte lohnt ein Blick über die Grenzen. Frankreich begeht den 14. Juli,

den Tag des Sturms auf die Bastille, als Nationalfeiertag. Niemandem dort gilt die Französische Revolution als gescheitert, weil ihr zunächst der Terror Robespierres, die Herrschaft Napoleons und drei weitere Monarchien folgten. In den Vereinigten Staaten, wie Deutschland ein Föderalstaat mit vielen dezentralen Erinnerungsorten, übernimmt die Bundesverwaltung mit dem National Park Service die Verantwortung für demokratische Erinnerungsorte – von Washingtons Geburtshaus bis zur Independence Hall in Philadelphia.

Auch in Deutschland fließt viel Steuergeld an historische Orte. Das Residenzschloss in Dresden wird für 380 Millionen Euro saniert, für die Gruft der Hohenzollern im Berliner Dom werden fast 16 Millionen Euro aufgewendet, und für das Bismarck-Denkmal in Hamburg will der Bund 6,5 Millionen Euro ausgeben. Dafür gibt es gute Argumente, und der Aufwand ist gerechtfertigt. Aber was investieren wir in die Orte unserer Demokratiegeschichte? Das Hambacher Schloss ist uns jedes Jahr ganze 100.000 Euro wert, und für die Frankfurter Paulskirche, vielleicht Deutschlands bekanntester Ort demokratischen Ringens zur Mitte des 19. Jahrhunderts, wenden wir aus Bundesmitteln bislang keinen Cent auf.

Philadelphia ist die Partnerstadt von Frankfurt am Main, doch der Umgang mit den Erinnerungsorten in beiden Städten könnte unterschiedlicher kaum sein. In der Paulskirche tagte 1848/49 die gewählte deutsche Nationalversammlung und schuf dort die erste deutsche Verfassung, die unsere Verfassungsordnung bis heute stark prägt. 2023 jähren sich die demokratische Revolution und die Nationalversammlung zum 175. Mal. Warum hat Deutschland nicht den Ehrgeiz, die Paulskirche bis dahin zu einer modernen Erinnerungsstätte für die Demokratie zu machen? Ein authentischer Ort, der an Revolution, Parlamentarismus und Grundrechte nicht nur museal erinnert, sondern zu einem Erlebnisort wird, der Wissen, Bildung und Debatte verbindet? Der Eigentümer der Paulskirche ist die Stadt Frankfurt. Aber so wie dort 1848 für ganz Deutschland Geschichte geschrieben wurde, so ist heute die Zukunft der Paulskirche auch eine Aufgabe, mit der wir Frankfurt nicht ganz allein lassen sollten.

In Berlin und Bonn leisten großartige Museen und der Bundestag wichtige Beiträge zur Erinnerungsarbeit. Aber es gibt weitere herausragende Orte der

deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte: Das Hambacher Schloss, der Friedhof der Märzgefallenen und die Festung Rastatt, das Weimarer Nationaltheater, Herrenchiemsee und die Nikolaikirche in Leipzig zählen dazu. Sie alle sollten nicht nur Ereignisorte sein, sondern wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass sie Lernorte der Demokratie werden.

Darüber hinaus gibt es unzählige weitere Orte der Demokratiegeschichte, kleine und große, bekannte und weniger bekannte. Ich denke etwa an das Geburtshaus von Georg Büchner in Riedstadt und das von Matthias Erzberger in Buttenhausen, das Teehaus in Trebbow, wo sich Widerständler des 20. Juli trafen, an Denkmäler wie jenes für die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung in Schwarzburg oder für die frühen Großdemonstrationen im Herbst 1989 in Plauen.

Viele dieser Orte werden von Ehrenamtlichen mit großem Einsatz gepflegt. Ihr Engagement ist wichtig. Wenn die Demokratie eine Staatsform für alle ist, dann gilt das für die Pflege ihrer Geschichte ganz genauso. Denjenigen, die sich dafür schon heute engagieren, will ich ausdrücklich danken. Aber die Existenz dieser Erinnerungsorte ist oft prekär, ihre Möglichkeiten begrenzt, die Öffnungszeiten eingeschränkt. Viele Orte bekommen nicht die Gestaltung und die Aufmerksamkeit, die sie verdienen.

Seit 2017 haben sich immerhin 41 Einrichtungen zur „Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte“ zusammengeschlossen. Diese Vernetzung und Selbstorganisation war ein wichtiger erster Schritt. Aber brauchen wir nicht auch eine bundesstaatliche Repräsentanz und systematische Förderung von Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte? Der Bund sollte sich dieser Aufgabe annehmen und gute Projekte unterstützen, neue anregen und sie in ganz Deutschland bewerben – damit Orte, Ereignisse und Personen unserer Demokratiegeschichte endlich die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen. Welche institutionelle Form dafür gebraucht wird, darüber sollten alle, die es angeht, miteinander ins Gespräch kommen.

Auch Gedenktage prägen unsere Erinnerungskultur. Sie geben historisch-politische Orientierung und setzen Impulse für die Erinnerungsarbeit im Land.

Mit der Einführung des Holocaust-Gedenktages ist es 1996 gelungen, am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz einen in ganz Deutschland beachteten Moment des Innehaltens und der Erinnerung zu schaffen. Der 3. Oktober, unser Nationalfeiertag, ist der Überwindung der deutschen Teilung und der Wiedergewinnung unserer staatlichen Einheit gewidmet. Diese Einheit war auch das Ergebnis einer Freiheits- und Demokratiebewegung, trotzdem fehlt uns bis heute ein Tag, an dem wir die ganze Vielfalt demokratischer Traditionen unserer Geschichte würdigen – und vor allem: an dem wir Freiheit und Demokratie auch feiern können. Ein Tag, der sich mit einem demokratischen Patriotismus verbinden kann.

Heribert Prantl schrieb: „Wären die Deutschen Franzosen, dann wäre der 18. März ein Tag für Jubel und Feuerwerk.“ Warum der 18. März? Weil an diesem Tag 1793 in Mainz die erste Republik in Deutschland ausgerufen wurde, 1848 in Berlin die demokratische Revolution ihren Höhepunkt erlebte und 1990 die erste freie Volkskammerwahl in der DDR stattfand. Der 18. März zeigt die demokratische Entwicklung vom Streben nach bürgerlicher Gleichheit bis hin zu freien Wahlen – und er erinnert an jenen „Völkerfrühling“, der damals Menschen in ganz Europa erfasste. In allen politischen Lagern gibt es viel Zuspruch für die Idee, den 18. März zum nationalen Gedenktag zu machen. Bis 2020, wenn sich die erste freie Volkskammerwahl zum 30. Mal jährt, sollten Bund und Länder die Frage beantworten, ob sie einen solchen Gedenktag erstmals gemeinsam begehen wollen.

Erinnerung darf sich aber – gerade an Gedenktagen – nicht in Ritualen und Feierstunden erschöpfen. Sie ist eine Aufgabe für viele: für den Geschichtsunterricht der Schulen, die Heimatvereine und Geschichtswerkstätten, die Stadtarchive und Museen, die Volkshochschulen und Bildungsstätten, vielleicht sogar fürs Durchforsten der Familiengeschichte auf dem eigenen Dachboden. „Grabe, wo du stehst“ – das ist ein gutes Motto für die demokratische Spurensuche. Wie verlief im November 1918 die Revolution in Ihrem Ort? Wer waren die ersten Frauen, die sich in Ihrer Heimatstadt politisch engagierten? Was geschah im Herbst 1989 in Ihrer Gemeinde? Solche Ansätze sind mindestens ebenso wichtig wie Museen und Gedenktage.

Ich denke dabei ganz besonders an die jungen Menschen in unserem Land. Eine ganze Generation kennt heute kein anderes Deutschland als ein vereintes, demokratisches Land in einem vereinten, friedlichen Europa. Das ist ein unschätzbare Glück – und zugleich eine Gefahr. Denn: Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie, und sie ist es auch heute nicht. Wer sich mit unserem langen und verschlungenen Weg zur Demokratie, mit ihren vergessenen Heldinnen und Helden ebenso wie mit den Irr- und Abwegen beschäftigt, der wird sehen: Die Demokratie ist uns Deutschen wahrlich nicht in die Wiege gelegt. Wir müssen, immer aufs Neue, für sie arbeiten, für sie streiten. Deshalb verdient unsere Demokratieggeschichte mehr als freundliches Desinteresse. Sie braucht Neugier, Herzblut und, ja, auch finanzielle Mittel.



Begegnungen auf dem Theaterplatz in Weimar am Rand der Feiern zum 100. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung am 6. Februar 2019

„Wir sollten die Weimarer Republik nicht länger nur von ihrem Ende her betrachten“

Rede beim Festakt „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“

6. Februar 2019, Weimar

Vor genau zehn Jahren stand ich schon einmal hier auf dieser Bühne – damals in einer Feierstunde zum 90. Jahrestag der Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung. Das Publikum war überschaubar, auch bei weitem nicht so prominent wie heute. Für die Öffentlichkeit war das Gedenken am 6. Februar 2009, so habe ich es damals empfunden, ein regionales Ereignis ohne übergeordnete oder gar nationale Bedeutung.

Heute, am 100. Jahrestag der Eröffnung der verfassunggebenden Nationalversammlung, ist das anders! Heute schauen zahllose Menschen in unserem Land erfreulicherweise mit größerem Interesse auf dieses Datum und die Weimarer Verfassung – und natürlich auf diesen Festakt.

Die neue Aufmerksamkeit hat sicher auch mit dem runden Jubiläum zu tun. Vielleicht aber auch etwas mit dem aktuell veränderten Blick auf die Lage der liberalen Demokratie. In einer Zeit, in der historische Errungenschaften wie Gewaltenteilung, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit vielerorts auch bei uns in Europa wieder angefochten und in Zweifel gezogen werden, blicken wir mit anderen Augen auf das, was vor einhundert Jahren hier in Weimar geschah.

6. Februar 1919: Friedrich Ebert eröffnet hier vorn die Deutsche Nationalversammlung. Und um genau diese Zeit, gegen vier Uhr am Nachmittag, steuert er allmählich auf den Schlussakt seiner einstündigen Rede zu.

„So wollen wir an die Arbeit gehen“, ruft Ebert den Abgeordneten zu, „unser großes Ziel fest vor Augen, [...] in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern.“

Ich freue mich, dass wir heute mit mehr Aufmerksamkeit an diese große Stunde unserer Geschichte erinnern. Ich gebrauche das Wort nur selten, aber



Festakt zum 100. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung im Deutschen Nationaltheater in Weimar

hier passt es wirklich gut: Es ist mir eine Ehre, heute bei Ihnen in Weimar zu sein, und es ist mir wichtig! Ich danke Ihnen für die Einladung.

Hier in diesem Theater wollen wir noch einmal lebendig werden lassen, was vor hundert Jahren in unserem Land geschah. Heute machen wir uns bewusst: So viel demokratische Verfassungsgebung war in Deutschland nie – weder vor 1919 noch danach!

Nur wenige Tage vor Eberts Auftritt, am 19. Januar 1919, waren in ganz Deutschland Millionen Menschen an die Urnen geströmt, um ihre Abgeordneten für die Verfassungsgebung zu wählen. Zum ersten Mal galt das allgemeine und gleiche Wahlrecht – zum ersten Mal auch für Frauen! In Berlin beobachtete Harry Graf Kessler die Schlangen vor den Wahllokalen und notierte damals

in seinem Tagebuch: „Köchinnen, Krankenschwestern, alte Damen, Familien mit Vater, Mutter und Dienstmädchen, selbst mit kleinen Kindern kommen gezogen und stellen sich an. Das Ganze untheatralisch wie ein Naturereignis, wie ein Landregen.“

Dieser Landregen spülte das alte Kaiserreich endgültig hinfort. 83 Prozent Wahlbeteiligung. Drei Viertel der Stimmen für jene Parteien, die für die parlamentarische Republik eintraten. Die Wahl zur Nationalversammlung war der Aufbruch zur Demokratie.

Ein Aufbruch in einem blutenden Land, in dem die Menschen unter Hunger und Krankheit litten, unter den Folgen eines verlorenen Krieges, in dem Millionen Ehemänner, Väter und Söhne ihr Leben gelassen hatten und aus dem noch mehr verletzt an Leib und Seele zurückkehrten. In diesem Land war die Wahl zur Nationalversammlung der Ruf des Neuanfangs – der Ruf zu Freiheit und Recht gegen die Gewalt der Republikfeinde.

Dementsprechend gewaltig waren die Erwartungen. Deutschland und die ganze Welt blickten auf diese Stadt. Für ein halbes Jahr wurde sie zum Mittelpunkt der deutschen Politik und „Weimar“ schon bald zum Synonym der ersten deutschen Demokratie.

Aber warum eigentlich Weimar? Heute wissen wir: Der Entschluss für Weimar war nicht nur eine „Flucht aus Berlin“, aus dem Chaos der Hauptstadt, sondern auch ein bewusster Schritt, um das aufgewühlte Land vor dem Zerfall zu retten. Eine Nationalversammlung im „Herzen Deutschlands“ – das sollte ein Zeichen sein an all jene im Süden und im Westen, die Vorbehalte hatten gegen Preußen; die sich am liebsten lossagen wollten vom „Moloch Berlin“. Eine Versammlung in der Stadt Goethes und Schillers, einer Stadt, die weltweit für Humanismus und Aufklärung stand, für Vernunft inmitten des Chaos – das war ein gutes Symbol für die junge Republik!

Mit dem „Geist von Weimar“ konnten sich viele Deutsche identifizieren. Und so war das erste Verdienst dieser Nationalversammlung, dass es ihr in den

frühen Monaten der Republik überhaupt gelang, die zerrissene Gesellschaft dieses Landes miteinander ins Gespräch zu bringen. Schon deshalb ist dieser Ort, dieses Deutsche Nationaltheater, nicht irgendein Ort. Und er ist schon gar nicht Bezugspunkt nur einzelner Parteien oder Traditionen. Sondern er ist in ganz besonderer Weise ein Erinnerungsort für alle Deutschen.

Denn: Hier in diesem Theater tagte die erste echte Volksvertretung der deutschen Geschichte. Hier in diesem Theater erprobten Menschen aus allen Teilen Deutschlands die Demokratie, wählten eine Regierung, verabschiedeten Gesetze, entwarfen die Verfassung. Hier in diesem Theater traten Frauen zum ersten Mal an das Pult des Parlaments. Hier in diesem Theater rangen die gemäßigten Kräfte der Arbeiterbewegung und das aufgeschlossene Bürgertum um einen „Klassenkompromiss“, während ringsherum politische Unruhen tobten.

Und: Hier in diesem Theater wirkten vergessene Heldinnen und Helden unserer Demokratiegeschichte! Liberale wie Hugo Preuß, Gertrud Bäumer oder Conrad Haußmann; katholische Demokraten wie Hedwig Dransfeld oder Matthias Erzberger; Sozialdemokraten wie Simon Katzenstein oder Antonie Pfülf. Mit all ihren Unterschieden und auch Widersprüchen schufen sie die erste deutsche Demokratie!

Heute haben sie zwar kein physisches Denkmal wie die beiden Großen da draußen auf dem Theaterplatz, aber sie verdienen ein Denkmal in unserer Erinnerung, sie verdienen Respekt und Dankbarkeit. Genau das wollen wir heute gemeinsam miteinander zeigen.

Es ist uns nach 1945 nicht leichtgefallen, die Weimarer Nationalversammlung und ihre Verfassung zu würdigen. Viel zu lange standen sie im Schatten des Scheiterns.

In der Geschichtsschreibung der DDR galt die Weimarer Republik als Ausdruck einer „bürgerlichen Klassenherrschaft“, die den Weg in den Faschismus bereitet, jedenfalls nicht aufgehalten habe. Und in der Bundesrepublik machten viele die Weimarer Verfassung und ihre vermeintlichen „Konstruktionsfehler“

für die Machtübernahme der Nationalsozialisten verantwortlich und ersparten sich damit in manchen Fällen die unangenehme Frage, was sie selbst – als Politiker, Beamte, Richter oder Wähler – damals nicht getan hatten, um das Scheitern abzuwenden.

Jahrzehntelang galt das Werk der Nationalversammlung, das wir heute feiern, nur als negatives Vorbild für das Grundgesetz. Das schwingt mit in dem Mantra „Bonn ist nicht Weimar“, mit dem viele in Westdeutschland, auch ich, aufgewachsen sind.

Ich bin froh, dass die Weimarer Nationalversammlung und ihre Verfassung heute gerechter beurteilt werden. Aber im öffentlichen Gedächtnis haben sie noch lange nicht den Platz gefunden, der ihnen zusteht. Ich finde, wir sollten dieses Jubiläumsjahr gemeinsam nutzen, um das zu ändern!

Wir sollten die Weimarer Republik nicht länger nur von ihrem Ende her betrachten. Sie war mehr als nur die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, und sie war keine Einbahnstraße in die Barbarei. Der Ausgang des demokratischen Experiments, das am 9. November begann, war offen. Ja, die Weimarer Demokratie hatte ihre Chance!

Und diese Chance verdankte sie vor allem ihrer Verfassung. Diese Weimarer Verfassung machte das Deutsche Reich zur Republik und das Volk zum Souverän. Sie verbriefte die Freiheit des Einzelnen, und sie entwarf, inmitten der Nachkriegsnot, die Vision einer besseren, gerechteren Gesellschaft. Wer heute in dieser Verfassung blättert, der staunt, wie fortschrittlich viele ihrer Ziele waren und wie aktuell sie immer noch klingen. Ja, es war wahrhaft revolutionär, was da geschrieben stand.

Artikel 119: Die Ehe „beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter“.

Artikel 146: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Artikel 151: Die Ordnung der Wirtschaft „muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“.

Welch kraftvolle, hoffnungsfrohe Ideale in einer so entbehnungsreichen Zeit!

„Eine Fackel ist die Weimarer Verfassung. Wir wollen sie hochhalten“, ruft Heinrich Mann 1923, vier Jahre nach ihrem Inkrafttreten. Heute wissen wir: Am Hochhalten hat es bitterlich gemangelt. Aber ich finde, Leuchtkraft hat diese Fackel sogar heute noch!

Wir wissen aber auch: Der Text einer Verfassung ist das eine, seine Anwendung und Akzeptanz das andere. Die Weimarer Verfassung traf auf eine Gesellschaft, die tief gespalten war. Einen Verfassungskonsens gab es zu Lebzeiten dieser Republik nie. Republikfeinde von links wie rechts trachteten ihr vom ersten Tag an nach dem Leben. Kriegsniederlage und Versailler Vertrag; Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit, all das belastete die Republik und überforderte sie oft genug. In diesem Sinne war die Weimarer Verfassung, wie der Rechtswissenschaftler Christoph Gusy schreibt, eine „gute Verfassung in schlechter Zeit“.

Nein, Demokratie gelingt oder scheitert nicht auf dem Papier der Verfassung, sondern in der gesellschaftlichen Realität. Das ist heute kein bisschen anders als vor hundert Jahren! Das Grundgesetz, unter dem wir Deutsche heute leben, ist ohne Zweifel die beste Verfassung, die wir jemals hatten. So wird es oft gesagt, und mit Recht.

Ich will nur vor zwei Kurzschlüssen warnen. Erstens: Das Lob unserer heutigen Verfassung bedeutet nicht, dass ihre Vorfahrin aus Weimar eine schlechte gewesen wäre! Im Gegenteil, vieles von dem, was damals entstand, lebt heute im Grundgesetz fort. Weimars Ideale von Freiheit und Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit sind eben nicht historisch gescheitert, sondern sie sind – zum Glück! – fester und wehrhafter eingelassen in das Fundament unserer Republik!

Und zweitens: Das Lob unserer heutigen Verfassung bedeutet schon gar nicht, dass wir uns zurücklehnen könnten! „Keine noch so kluge Verfassung“, schreibt der ehemalige Verfassungsrichter Udo di Fabio, kann „vor dem Versagen der Demokratie, vor ihrer Selbstzerstörung schützen“ – ob sie nun eine Folge aktiven Handelns oder eine Folge von Lethargie und Gleichgültigkeit ist.

Nein, meine Damen und Herren, solange Parlamente als „Quatschbuden“ verschrien werden; solange politisch Engagierte, Bürgermeister oder Oberbürgermeister mit Worten oder sogar mit physischer Gewalt angegriffen werden; solange Menschen den Glauben an den Wert der Demokratie verlieren, können wir uns nicht zurücklehnen!

Denn: So wenig der Demokratie vor hundert Jahren ihr Scheitern vorherbestimmt war, so wenig ist heute ihr Gelingen garantiert.

Zum zehnten Geburtstag der Weimarer Verfassung, 1929, schreibt Carl von Ossietzky: „Deutschland fehlt noch immer jener Respekt vor dem Verfassungsbuchstaben, der alle gut funktionierenden Demokratien auszeichnet.“

Ich glaube, es braucht noch mehr als Respekt und Gesetzestreue. Eine Demokratie, auch unsere, ist angewiesen auf Loyalität und Vertrauen, vor allem auf das Engagement derer, die in ihr leben. Sie ist angewiesen auf demokratische Patrioten.

Die Demokratie verlässt sich nicht auf Zwang und Kontrolle, und sie beruft sich nicht auf göttliche Gnaden. Sondern Demokratie ist und bleibt ein Wagnis, weil sie sich völlig ihren Bürgern anvertraut! Jeder, der sich abwendet, fehlt der Demokratie. Und deshalb dürfen wir niemanden achselzuckend ziehen lassen. Das ist nicht einfach die Lehre, sondern das bleibt unsere Aufgabe aus der Weimarer Zeit!

Ein demokratischer Patriotismus gedeiht nicht im luftleeren Raum, und er entspringt auch nicht einfach dem kühlen Verstand. Sondern er braucht Bezüge und Traditionslinien, er braucht Vorbilder und Inspiration. Und deshalb liegt

mir ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für unsere Demokratiegeschichte so sehr am Herzen!

Und auch das: Ein demokratischer Patriotismus braucht Symbole, die uns verbinden. Das wichtigste davon, das steht hier hinter mir. Am 31. Juli 1919, am Tag, an dem die Weimarer Verfassung angenommen wurde, wehte die schwarz-rot-goldene Fahne vom Ostgiebel dieses Theaters.

Fast ein ganzes Jahrhundert lang hatten deutsche Freiheitskämpfer jene Farben mit Mut und Stolz getragen. Sie waren enttäuscht, bestraft, zurückgeworfen worden. Nicht wenige hatten ihr Leben gelassen.

Nun aber wehte Schwarz-Rot-Gold zum ersten Mal in der Geschichte als offizielle Staatsflagge über diesem Haus, als Symbol der parlamentarischen Republik. Und zugleich, vom ersten Tag an, wurde sie von den Feinden der Republik in den Schmutz gezogen, verdrängt, und nach der Machtübernahme 1933 musste sie dem Hakenkreuz weichen.

Ist es nicht historisch absurd, wenn diese schwarz-rot-goldene Fahne heute am auffälligsten und am häufigsten ausgerechnet von denen geschwungen wird, die einen neuen nationalistischen Hass entfachen wollen? Nein, Schwarz-Rot-Gold, das waren immer die Farben von Einigkeit und Recht und Freiheit!

Schwarz-Rot-Gold ist das stolze Band, das sich von Hambach über die Frankfurter Paulskirche bis nach Weimar zieht; das zerriss über dem Abgrund des Nationalsozialismus, doch neu geknüpft wurde nach 1945; das herüberwehte nach Bonn und nach Berlin; das vor 30 Jahren auf den Straßen und Plätzen Ostdeutschlands leuchtete und heute in unserem ganzen wiedervereinten Land.

Schwarz-Rot-Gold, das sind unsere Farben! Das sind die Wahrzeichen unserer Demokratie! Überlassen wir sie niemals den Verächtern der Freiheit!

Ein aufgeklärter, auch ein patriotischer Blick auf unser Land darf die Widersprüche und Irrwege niemals ausblenden. Licht und Schatten sind im Werden

dieser bundesdeutschen Demokratie untrennbar miteinander verwoben. Die Erinnerung an Diktatur, Krieg und den Abgrund der Shoah – sie gehört nicht nur dazu, nein, sie ist konstitutiv für diese Demokratie.

Ein demokratischer Patriotismus in unserem Land kann also immer nur ein Patriotismus der leisen Töne und der gemischten Gefühle sein. Gerade hier in Weimar wird uns das besonders bewusst. Gerade hier können wir erleben, wie dicht Licht und Schatten beieinanderliegen: Dichter und Verbrecher, Humanität und Barbarei, Demokratie und Diktatur.

In diesem Theater, in dem die erste deutsche Demokratie gegründet wurde, hielten die Nationalsozialisten sieben Jahre später ihren Reichsparteitag ab. Am Bahnhof dieser Stadt, an dem vor hundert Jahren die frisch Gewählten zur Nationalversammlung eintrafen, wurden wenig später Menschen aus ganz Europa in Viehwagen verladen, auf dem Weg ins Konzentrationslager.

Und während hier in diesem Theater Franz Lehárs „Land des Lächelns“ erklang, saß der jüdische Librettist des Stückes – nur ein paar Minuten entfernt – inhaftiert in Buchenwald.

Gerade Sie hier in Weimar wissen, wie schwer es ist, beides im Herzen zu tragen: Scham und Schuld, Freude und Stolz. In diesem Sinne ist Weimar eben nicht nur die Stadt „im Herzen Deutschlands“, sondern Weimar erzählt aus dem Herzen Deutschlands.

Ich glaube: Ja, wir dürfen stolz sein auf die Traditionen von Aufklärung und großer Kultur, von Freiheit und Demokratie, aber ohne den Blick auf die Abgründe zu verdrängen. Und: Wir wissen um die Abgründe, wir nehmen die bleibende Verantwortung an, ohne uns die Freude über das zu verweigern, was geglückt ist in unserem Land.

Deshalb ist es mir wichtig, dass Weimar nicht nur als Kulturstadt im Schatten von Buchenwald, sondern auch als Ort der Demokratie einen festen Platz auf der Landkarte der Erinnerung erhält!

Zum Glück sind es viele und immer mehr, die sich für dieses Ziel einsetzen. Stadt und Land haben das große Erbe angenommen, der Verein „Weimarer Republik“ engagiert sich gemeinsam mit dem Bund, und viele Bürgerinnen und Bürger pflegen diese Erinnerung. Junge Menschen, das haben meine Frau und ich heute Nachmittag in der Parkschule erlebt, setzen sich mit der Demokratie von damals und heute auseinander. Und gleich hier gegenüber entsteht das „Haus der Weimarer Republik“ – heute Morgen habe ich mir schon das Modell anschauen können.

Allen, die sich hier in Weimar für die Demokratie engagieren – in dieser tollen und lebendigen Festwoche, aber eben auch jenseits der Feierlichkeiten –, gilt mein ganz herzlicher Dank!

Im Sommer 1923, als Inflation und Arbeitslosigkeit die Republik bedrückten, rief Heinrich Mann: „Aus der Weimarer Verfassung spricht der bessere Geist Deutschlands. Wir müssen ihn wieder hören lernen. In Weimar 1919 lebte doch republikanische Begeisterung. Die müssen wir mitwirken lassen in unserem öffentlichen Erleben.“

Republikanische Begeisterung, die wünsche ich mir auch heute! Gerade in diesem Jahr voller Umbrüche, mit wirtschaftlichen Herausforderungen, mit Wahlen in vier Ländern, auch hier in diesem Land, und Wahlen, in denen es um Europas Zukunft geht. Da klingt mir Eberts Ruf wieder in den Ohren: „So wollen wir an die Arbeit gehen!“

Lieber Friedrich Ebert, möchte ich zurückrufen: Wir sind mittendrin! Die Ärmel sind hochgekrempt, es knirscht wohl auch einiges, und sicher wird's nicht einfacher. Aber wir stecken mittendrin in der Arbeit der Demokratie, und wir tragen unsere Verantwortung mit Kraft und mit Zuversicht.

Herzlichen Dank.

„100 Jahre Frauenwahlrecht sind Anlass zur Freude – nicht nur für die Frauen“

Rede bei der Matinee „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Parität in der Politik“

15. Januar 2019, Schloss Bellevue

Herzlich willkommen zu dieser kleinen Matinee, mit der wir an einen großen Tag erinnern wollen: an den 19. Januar 1919, einen Sonntag. Ein Sonntag, an dem die erste tatsächlich freie und allgemeine Wahl zur Deutschen Nationalversammlung stattfand, und damit auch der Tag, an dem die Frauen in diesem Land zum ersten Mal ihr Wahlrecht ausüben konnten.

In vielen Veranstaltungen wird in diesen Tagen landauf, landab daran erinnert. Das ist gut. Aber Erinnern ist nicht genug. Mit dieser Veranstaltung wollen wir – wie man sieht, Frauen und Männer gemeinsam – diesen Tag würdigen und auch feiern.

Louise Otto-Peters, eine der Ersten, die für die Frauen in Deutschland nach diesem Recht verlangten, stellte ihr Engagement unter die Devise: „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen.“ Deutschlands erste Republik, die Weimarer Demokratie, war dieses Reich der Freiheit, und deshalb wurden am 19. Januar 1919 Deutschlands Frauen endlich vollberechtigte Bürgerinnen. Das ist die eigentliche politische Bedeutung dieses Datums – und es ist die Verpflichtung, der gerecht zu werden bis heute unsere Aufgabe ist! Das sage ich ganz ausdrücklich als Inhaber eines Amtes, das – wenn ich recht darüber nachdenke – tatsächlich das letzte in unserem Land ist, das bisher noch nicht von einer Frau ausgefüllt wurde.

Einhundert Jahre Frauenwahlrecht sind Anlass zur Freude – nicht nur für die Frauen. Sie sind Anlass, den mutigen Frauen zu danken, die dieses Recht erkämpft und durchgesetzt haben, denn selbstverständlich gibt es keine Freiheit ohne die Freiheit der Frauen. Kein Menschenrecht, kein Bürgerrecht ist nur einer Hälfte der Menschheit vorbehalten.



Podiumsdiskussion während der Matinee „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“ mit Barbara Stamm, ehemalige Präsidentin des Bayerischen Landtages; Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Gudula Geuther, Hörfunkjournalistin und Moderatorin des Podiums; Elke Bündenbender, Juristin und Ehefrau des Bundespräsidenten; Maria Wersig, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes; Hedwig Richter, Historikerin (v. l. n. r.)

Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm, Helene Lange, Minna Cauer und Helene Stöcker hatten das schon vor 1919 angemahnt. Sie taten es klug, ausdauernd und hartnäckig, wie viele Frauen, die sich dann in ihrer Nachfolge für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzten. Ich denke an die ersten weiblichen Abgeordneten der Weimarer Parlamente, an Marie Juchacz, Helene Weber oder Clara Zetkin. Sie wussten, dass es dauern kann, Männer und auch viele Frauen von der Idee der politischen Gleichheit zu überzeugen. Und sie wussten, dass es noch einmal länger dauern wird, bis aus den Widersachern Mitstreiter werden für die eine gemeinsame Sache: die Sache der Demokratie. Aber sie haben in Leidenschaft und Solidarität niemals nachgegeben, und sie haben dem Lauf der Geschichte eine neue Richtung gegeben! Eine wunderbare Erfahrung für alle Demokratinnen und Demokraten.

Frauen haben in diesen einhundert Jahren viel erreicht. Wir haben in Ost- und Westdeutschland große Politikerinnen erlebt. Politikerinnen, die nicht nur Frauen zu Vorbildern wurden: Annemarie Renger, Hildegard Hamm-Brücher, Rita Süßmuth, Christine Bergmann, Regine Hildebrandt. Eine unvollständige Liste, auf der viele noch fehlen, die dazugehören. Einhundert Jahre nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen wird dieses Land von einer Frau regiert, die sich in den Jahren ihrer Regierungszeit große Anerkennung und Respekt verdient hat, in Deutschland und in der Welt. Unsere Streitkräfte werden von einer Frau befehligt und die beiden ältesten Parteien des Landes von Frauen geführt.

Jede einzelne dieser Frauen bekräftigt, wie jede Politikerin und Parlamentarierin, dass es keine Demokratie als Idee von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit geben kann, an der nicht Männer und Frauen gleichermaßen beteiligt wären. Doch was uns heute selbstverständlich erscheint, galt deshalb nicht schon immer. Was Louise Otto-Peters für die Frauen reklamierte, dass ihre Teilnahme an den Interessen des Staates kein Recht, sondern vielmehr eine Pflicht ist, musste gleichwohl hart erkämpft werden.

Und die vergangenen einhundert Jahre zeigen uns, dass die politische Emanzipation der Frauen alles andere als selbstverständlich war. Nichts, auch nicht die Durchsetzung des Frauenwahlrechts, war unumkehrbar. Die Geschichte der Frauenrechte ist, wie die Demokratiegeschichte selbst, keine geradlinige und keine, die ohne Rückschläge geblieben wäre.

Vor einigen Tagen machte eine Fotografie aus den USA die Runde. Sie zeigt die neuen weiblichen Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses, die sich, angeführt von der Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez, zu einem Gruppenbild der Debütantinnen zusammengefunden hatten. Es ist ein besonderes Bild, denn es weist darauf hin, dass es nun deutlich mehr weibliche Abgeordnete im US-Kongress geben wird. 42 neue weibliche Abgeordnete sind es insgesamt im Senat und dem Repräsentantenhaus. 42 Frauen, die der männlichen Dominanz in der gegenwärtigen amerikanischen Administration etwas entgegensetzen wollen.

Das Foto – deshalb erwähne ich es – führt uns mitten hinein in das Thema dieser Matinee. Es erinnert – von den demokratischen Politikerinnen gewollt – an ein Foto, das vor einhundert Jahren hier in Deutschland entstanden ist. Diese historische Aufnahme, die viele von Ihnen kennen, zeigt die weiblichen Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung im Februar 1919.

Die Frauen dieses ersten Weimarer Parlaments stellten neun Prozent der Abgeordneten und damit – mit großem Abstand – bis in die 1920er-Jahre hinein den höchsten Frauenanteil unter den gewählten Abgeordneten in der Welt. 37 Frauen wurden nach der Wahl vom 19. Januar 1919 in die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung gewählt. Das ist eine für damalige Verhältnisse stolze Zahl – vor allem, wenn man bedenkt, dass es danach bis zur Bundestagswahl 1987 gedauert hat, bis der Frauenanteil im deutschen Parlament erstmals mehr als zehn Prozent betrug.

Im Verlauf der Weimarer Republik nahm die weibliche Beteiligung in den Parlamenten allerdings stetig ab, bis den Frauen unter nationalsozialistischer Herrschaft schließlich das passive Wahlrecht wieder genommen wurde. Und wie wir wissen, können die deutschen Frauen der späten 1920er-Jahre leider nicht für sich reklamieren, gänzlich unbeteiligt an der Abwahl der Demokratie gewesen zu sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus aber wirkte nach. Was unter nationalsozialistischer Herrschaft an einmal Erreichtem preisgegeben wurde, musste dann nach 1945 wieder neu erkämpft werden. Im Parlamentarischen Rat der Bundesrepublik saßen unter 61 Männern lediglich vier Frauen. Die zahlenmäßig bescheidene weibliche Besetzung trat jedoch glücklicherweise deshalb nicht etwa bescheiden auf. Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert setzte den Passus „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz nahezu im Alleingang durch, jedenfalls gegen heftigen Widerstand der Männer, aber auch gegen manche Vorbehalte in den Reihen der Frauen.

Sie wollte sich nicht mit der ursprünglichen Formulierung des Artikels 3 zufriedengeben, der noch aus der Weimarer Verfassung stammte und lautete:

„Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Elisabeth Selbert wollte mehr, nämlich eine umfassende Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die sie als „imperativen Auftrag an den Gesetzgeber“ verstanden wissen wollte.

Dass dieser Auftrag in mancher Hinsicht, etwa was die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit angeht, auch heute noch besteht, bezeugt, wie klug und weitsichtig die Juristin Elisabeth Selbert vorging. Sie war, wie viele ihrer Mitstreiterinnen, Mitglied des Deutschen Juristinnenbundes, der die Ausgestaltung des Rechts maßgeblich mitgestaltet hat. Ich freue mich sehr, Sie, sehr geehrte Frau Professorin Wersig, heute hier begrüßen zu dürfen. Und ich bin gespannt auf die heutige Podiumsdiskussion darüber, wie wir in Deutschland mehr Teilhabe von Frauen in der Politik und den Parlamenten erreichen können.

Ich kann verstehen, dass Frauen sich in diesen Fragen nicht allein auf die Unterstützung der Männer verlassen wollen. Und selbstverständlich wäre es auch deshalb wünschenswert, wenn sich der stark zurückgegangene Frauenanteil im Deutschen Bundestag wieder erhöhte. Aber ich weiß auch: Das ist leicht dahingesagt. Und deshalb füge ich hinzu, ich bin ebenso davon überzeugt: Gleichzeitig dürfen sich Männer nicht länger in der Komfortzone ausruhen – viele tun es ja auch nicht –, denn Frauenrechte sind nicht die Sache von Frauen allein. Wenn wir die gläserne Decke sprengen wollen, müssen wir sie von beiden Seiten traktieren. Das ist jedenfalls meine Überzeugung. Und je mehr Männer auch mal die Perspektive der Frauen einnehmen, sie dezidiert unterstützen und die faire Beteiligung von Frauen eher als Bereicherung oder Ansporn betrachten, je näher werden wir dann auch der gewünschten Parität kommen.

Demokratie ist Überzeugungsarbeit. Frauen sind nicht immer die besseren Vertreterinnen der eigenen Sache und Männer nicht ihre natürlichen Gegner.

Ich wünsche mir an diesem 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts, dass wir alle erkennen, dass Frauenrechte unsere gemeinsame Sache sind und bleiben müssen.



Ansprache zu Beginn der Matinee „100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Parität in der Politik“

Impressum

Herausgeber

Bundespräsidialamt
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion

Imke Sommer

Satz & Gestaltung

haas images, Berlin

Bildnachweis

akg-images – Titelbild

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung:

Sandra Steins – S. 7, 13, 19, 47, 51

Jesco Denzel – S. 29

Steffen Kugler – S. 35, 37

Druck

werbeproduktion bucher

Berlin, August 2019

